Als in Deutschland die Synagogen brannten – vor 81 Jahren

-von Joachim Hennig-

Der Anschlag in Halle mit dem missglückten Massaker an 51 betenden Menschen vor vier Wochen hat viele an die Novemberpogrome vor 81 Jahren erinnert. Damals, in der sogenannten Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten überall in Deutschland die Synagogen, noch existierende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört und geplündert, Menschen ermordet und ca. 30 000 in Konzentrationslager verschleppt.

Erinnerung als Pflicht des Gedenkens

Das Gedenken an die damaligen Opfer und ihren Angehörigen und die Solidarität mit den heute hier wieder lebenden Juden gebietet es, sich an diese Ereignisse und ihre Vorgeschichte zu erinnern. Wichtig ist das auch für jeden von uns.

Denn der Antisemitismus lebt wieder auf, ist stärker als seit langem und die politischen sowie rassistischen Morde und Morddrohungen haben beängstigend zugenommen.

Geschichte wiederholt sich nicht, sagt man. Aber der Auschwitzüberlebende Primo Levi sagte auch: „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“ Erinnern wir uns deshalb daran, wie es damals war.

Juden wurden zu Bürgern zweiter Klasse

Vor 81 Jahren waren der Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, die Diskriminierung und Entrechtung der in Deutschland lebenden Juden und ihre Hinausdrängung aus dem Wirtschaftsleben sehr weit fortgeschritten. Mit dem „Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1935 nahmen die Nazis ihnen viele Bürgerrechte, sie wurden zu Bürgern zweiter Klasse.

Seit der Jahreswende 1937/38 nahmen Diskriminierung und Entrechtung weiter zu. Es gab rund 300 antisemitische Verordnungen. So musste jeder Jude, und auch sein nicht jüdischer Ehegatte, aufgrund einer Verordnung von April 1938, sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anmelden und bewerten.

Mit der vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938 wurden die Bestallungen (Approbationen) jüdischer Ärzte für erloschen erklärt. Nur einige wenige durften noch Juden behandeln.

Zwei Tage später verfügte der Reichsinnenminister die Entfernung aller jüdischen Straßennamen. Und am 17. August 1938 erging eine Verordnung, wonach alle Juden, die keinen Vornamen führten, der in einer offiziellen Liste als jüdischer Vorname genannt wurde, als weiteren Vornamen den Namen „Israel“ (für männliche Personen) oder „Sara“ (für weibliche Personen) annehmen mussten.

Auch in Koblenz wurde der Judenhass deutlich

Diese „Maßnahmen“ fanden reichsweit statt und da-

Ausbeuter der Bürgerschaft

Alt-Koblenz und die Judenplage

Die Juden in der Geschichte der Stadt Koblenz — Von Dr. Hans Bellinghausen, Direktor der Stadtbücherei Koblenz

Die Koblenzer Stadtgeschichte bietet ein beredtes Beispiel dafür, wie der Jude es mit allen Ränken und Raffinessen verstanden hat, sich breitzumachen und festzusetzen und die Geldmacht an sich zu reißen. Daß verschiedene Kirchenfürsten und Landesherren, die immer in Geldnöten lebten, ihnen dabei Vorschub leisteten und sich zum Steigbügelhalter von Alljuda machten, ist eine beschämende Tatsache, die leider immer wieder zu verzeichnen ist. Die heute auf unsere Anregung im „Nationalblatt“ beginnende interessante Artikelreihe vom Direktor der Stadtbücherei Koblenz Pg. Dr. Hans Bellinghausen über die „Juden in der Geschichte der Stadt Koblenz“ ist sachlich und rein wissenschaftlich gehalten, aber desto eindringlicher und überzeugender. Es ist kein schmeichelhaftes Bild vom Juden und seinen Helfershelfern, das unsere Stadtgeschichte widerspiegelt. Im Drang zu Macht und Reichtum ist dem Juden jedes Mittel recht! Er kennt keine Gewissensbisse, er hat kein Empfinden mit und zu der Gemeinschaft des Volkes, in dem er lebt. Er ist zu allen Zeiten auch hier in der Stadt am Deutschen Eck der skrupellose Ausbeuter und Schmarotzer gewesen, der Schädling der Koblenzer Bürgerschaft!

Wann die ersten Juden sich in der über 775 Jahre (1018—1797) zum Erzbistum Trier gehörenden Stadt Koblenz seßhaft gemacht haben, ist geschichtlich nicht nachweisbar. Der Umstand, daß Erzbischof Eberhard sie zu Trier um das Jahr 1066 zum christlichen Glauben zu bekehren versucht hat, und die Tatsache, daß im Jahre 1096 zu Mainz eine Judenverfolgung stattgefunden hat, läßt darauf schließen, daß sich um jene Zeit auch zu Koblenz sicherlich Juden aufgehalten haben.

Juden — vom Bischof geschützt

Für das Jahr 1264 ist geschichtlich bezeugt, daß Erzbischof Heinrich von Bingingen (reg. 1260—1286) ihre Niederlassung in der Stadt Koblenz nicht nur duldete, sondern sie sogar in einem Vertrag mit der Koblenzer Bürgerschaft im Jahre 1283 in seinen besonderen Schutz nahm und bestimmte, daß jeder, der nach ihrem Hab und Gut oder gar nach ihrem Leben trachtete, vom Schultheiß und den Schöffen ergriffen und ihm ausgeliefert werden solle.

Diese auffällige Schutzmaßnahme läßt sich nur dadurch erklären, daß sich der Landesherr den Juden gegenüber für irgendwelche finanziellen Zuwendungen verpflichtet fühlte. Denn wie in anderen deutschen Staaten, so waren auch im Erzbistum Trier die Juden bereits damals die Bankiers des zumeist in Geldnöten befindlichen Landesherrn, dem sie sich in der Folgezeit immer mehr unentbehrlich zu machen verstanden.

Bereits im Jahre 1303 kauften sich die Koblenzer Juden einen vor der Stadt „in der Mulde“ gelegenen Weingarten und legten dort einen Friedhof an. Für diese und mancherlei andere Begünstigungen zahlten sie seit dem Jahr 1307 einen Zins von 20 RM. In demselben Jahr verlieh ihnen Erzbischof Balduin auch das Bürgerrecht. Während in anderen rheinischen Städten in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, insbesondere im Jahre 1337 zu Boppard und Oberwesel, blutige Judenverfolgungen stattfanden, ließ man sie zu Koblenz unter Balduins schützender Macht ziemlich unbehelligt.

Erste Koblenzer Judenschule

Die Tatsache, daß ein Jude im Jahr 1339 sogar den erzbischöflichen Zoll zu Koblenz verwaltete, der einige Jahre später hinwiederum an eine jüdische Gesellschaft verpachtet wurde, wirft ein grelles Schlaglicht auf die Beweggründe, die den Juden den Schutz des Landesherrn zusicherten. Auch eine Schule besaßen sie schon um diese Zeit in Koblenz.

Wie sehr Kurfürst Balduin sich den Juden verpflichtet fühlte, beweist nachstehender (in die heutige Schriftsprache umgesetzter) Vertrag, den er im Jahre 1349 mit ihnen schloß:

„In Ansehung unseres allgemeinen Nutzens und desjenigen unserer Nachkommen, haben wir die Dienste und Freundschaft geprüft, die uns die zu Koblenz wohnenden Juden erwiesen haben. Sie haben nämlich alljährlich dem Grafen Wilhelm von Katzenellenbogen der Stadt Koblenz wegen 20 Mark Pfennige Koblenzer Währung gezahlt, damit er unsere Stadt schütze und ihr zu Hilfe komme. Deshalb sind die Juden zu Koblenz Bürger geworden, zumal sie außerdem jährlich und für ewige Zeiten an erster Stelle an unseren Landesherrn von Trier und seine Nachfolger 30 Mark Pfennige derselben Währung zahlen, die wir als Steuer zu zahlen pflegten. Darum wollen wir denselben Juden und ihren Nachkommen besondere Freundschaft und Gunst erweisen und ihnen geloben, daß wir sie beschirmen und beschützen wollen. Gleich anderen Bürgern sollen sie in unserer Stadt Koblenz wohnen ohne jede Arglist gegen unseren jedesmaligen Herrn in Trier oder seine Amtsleute. Sollten wir aber, was Gott verhüten möchte, um der Juden willen von irgendeiner Seite heimgesucht und mit solcher Heereskraft überfallen werden, daß wir keinen Widerstand zu leisten vermöchten, so wollen wir die Juden aufnehmen in die Burg Koblenz oder auf die Festung Ehrenbreitstein, wohin sie wollen, und sollen sie dann fürderhin, aber auch, wenn sie nicht mehr in Koblenz wohnen, von der Zahlung obigen Geldes befreit sein. Zur dauernden Bestätigung dessen haben wir den genannten Juden diesen Brief ausgestellt und versehen mit dem Stadtsiegel. Gegeben im Jahre nach Christi Geburt 1349 auf St. Peterstag am 1. August.“

Von-Kuhl-Straße — damals das Getto

Die Juden wohnten damals in der Judengasse (heute „Von-Kuhl-Straße“ genannt) und waren durch ein am Ende der Gasse stehendes Tor, das sogenannte Judentor, gettoartig von der übrigen Stadt abgetrennt. Man ließ sie in den folgenden Jahren ziemlich in Ruhe und Frieden. Geldgeschäfte, die sie mit den immer in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Landesherren machten, sicherten ihnen deren Gunst, bis Erzbischof Johann von Ziegenhain (reg. 1418—1430), der von ihnen betrogen wurde, sie aus dem gesamten Erzstift auswies. Es müssen schwerwiegende Gründe für diese Ausweisung maßgebend gewesen sein, denn an hundert Jahre lang blieb ihnen der Aufenthalt in Kurtrier versagt.

Erst im Jahre 1512, als Richard von Greiffenklau zur Regierung gekommen war, duldete man die Rückkehr einiger Judenfamilien nach Lützelkoblenz und Ehrenbreitstein. Drei Jahre später durften sich auch in der Stadt Koblenz wieder fünf Judenfamilien ansiedeln, vorerst jedoch nur auf die Dauer von 20 Jahren. Sie wohnten damals teils in der Weißergasse, teils in kleinen Häuschen, die auf den Pfeilern der Moselbrücke standen. Fremde Juden durften nur an den Markttagen in die Stadt kommen, aber nicht um zu handeln, sondern nur um einzukaufen.

(Fortsetzung folgt.)

mit auch in Koblenz. Hier geschah aber noch mehr. In dieser Zeit gab der sehr angesehene Stadtbibliotheksdirektor und Historiker Hans Bellinghausen in einer Fortsetzungsreihe einen Abriss über die Geschichte der Juden in Koblenz.

Diese begann Ende Juli 1938 unter der Überschrift „Ausbeuter der Bürgerschaft“ und mit einer redaktionellen Vorbemerkung:

„Die Koblenzer Stadtgeschichte bietet ein beredtes Beispiel dafür, wie der Jude es mit allen Ränken und Raffinessen verstanden hat, sich breit zu machen und festzusetzen und die Geldmacht an sich zu reißen. (...) Die heute auf unsere Anregung im 'Nationalblatt' beginnende interessante Artikelserie (...) ist kein schmeichelhaftes Bild vom Juden und seinen Helfershelfern, das unsere Stadtgeschichte widerspiegelt. Im Drang zu Macht und Reichtum ist dem Juden jedes Mittel recht! Er kennt keine Gewissensbisse, er hat kein Empfinden mit und zu der Gemeinschaft des Volkes, in dem er lebt. Er ist zu allen Zeiten auch hier in der Stadt am Deutschen Eck der skrupellose Ausbeuter und Schmarotzer gewesen, der Schädling der Koblenzer Bürgerschaft!“

Der Artikelserie über „Alt-Koblenz und die Judenplage“ endete am 16. August 1938 mit der Feststellung Hans Bellinghausens: „Eine ganze Reihe mittelgroßer jüdischer Kleider-, Schuh- und Haushaltungsgeschäfte ist in den letzten Jahren eingegangen, die wenigen noch vorhandenen treten kaum noch nennenswert in Erscheinung. Dasselbe gilt von den wenigen jüdischen Rechtsanwälten und Ärzten, die auf die gesetzlich zugelassene Zahl beschränkt sind. Einige Metzger, Händler und kleine jüdische Kaufleute stehen dann noch ganz am Rande dieses geschichtlichen Überblicks über die Bedeutung des Koblenzer Judentums, das auch hier eingesehen hat, dass seine Rolle im Dritten Reich Adolf Hitlers ausgespielt ist.“

Einen Monat später wurde ein weiterer Artikel in derselben Koblenzer Zeitung noch deutlicher und drohender. Mit der Überschrift: „Fort mit dem jüdischen Schmarotzertum!“ und dem Untertitel: „Die Wirtschaftslehre des Judentums ein politisches Mittel zur Ausbeutung und Knechtung der Völker“ begann er mit den Worten:

„Die Arisierung der Betriebe schreitet unaufhaltsam fort. (...) Die Überführung jüdischer Geschäfte in deutschen Besitz (wird) bald restlos verwirklicht sein. (...) Es war von vorn herein klar, dass die nationalsozialistische Staatsführung den jüdischen Schmarotzer eines Tages restlos aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausscheiden musste. Die Klage über jüdische Frechheit, Anmaßung und Gaunereien aller Art wurden täglich lauter. Konkurs-, Devisen- und Passvergehen jüdischer Verbrecher nahmen überhand. Die Juden aber glaubten vielfach noch, sie könnten auch weiterhin im Dritten Reich ihre Schachergeschäfte ungehindert fortsetzen. Das hört jetzt auf, der jüdische Fremdkörper wird ausgeschieden. Deutschland braucht für seinen Wirtschaftsaufbau keine Juden.“

Judenhass gipfelte in „Reichspogromnacht“

Acht Wochen später, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Davon wird in der nächsten Folge dieser Reihe die Rede sein. Wenig bekannt ist, dass dieser staatlich initiierte Pogrom wenige Tage zuvor ein Vorspiel hatte.

Schon am späten Abend des 7. November 1938 kam es in Kassel zu den ersten gewalttätigen Ausschreitungen gegen jüdische Einrichtungen. Das begann mit der Verwüstung der dortigen Synagoge. Kult- und Einrichtungsgegenstände wurden von ca. 30 Männern aus der Synagoge geschleppt und auf dem Vorplatz im Beisein zahlreicher neugieriger Zuschauer angezündet und verbrannt. Das war der Anfang von Pogromen gegen jüdische Gotteshäuser, Gemeindezentren und Geschäfte in Nordhessen. Sie setzten sich dann in der Nacht vom 7. auf den 8. November und dann teilweise bis zum 10. November 1938 fort in den Kreisen Kassel (Zierenberg) und Rotenburg (Rotenburg an der Fulda, Bebra, Sontra und Alheim-Baumbach).